No. 438. — 56. Jahrgang.

Die „Berliner Volks-Zeitung" erscheint täglich zweimal: Sonntags nur morgens, Montags nur abends.
Abonnementspreis für Berlin: 75 Pf. monatlich frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.25 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt
Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich M. 0.80, vierteljährlich M. 2.40 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Abend-Ausgabe

Donnerstag, 17. September 1908

Insertionspreis für die Zeile 40 Pf. Stellenangebote und Gesuche . . 30
Haupt-Expedition: SW. Jerusalemer Straße 46/49.
Filialen: Prinzstr. 41, Kottbuserstr. 1, Sonauerstr. 29, Petersburgerstr. 2, Gr. Frankfurterstr. 33 u. Gr. Frankfurterstr. 87, Rykestraße 41, Schönhauserallee 1, Schulzendorferstraße 27 (am Weddingplatz), Königstr. 56/57, Mallenowerstr. 5, Potsdamerstr. 34, Bayreutherstr. 32, Leipzigerstr. 103, Bischofstr. 69 (Ecke Johannisstr.), Ritzdorf, Prinz-Handjerystraße 63/64 u. Berlinerstr. 73, Schöneberg, Vorbergstr. 8, Charlottenbg., Kantstr. 34, Pankow, Berlinerstr. 135, Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 129, Weißensee, Königschaussee 61b.

Redaktion: Jerusalemer Straße 46/49. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Chef-Redakteur: Karl Vollrath, Berlin W.
Verlag u. Druck: Rudolf Mosse, Berlin SW.

15. Interparlamentarische Union.

Im Berliner Reichstagsgebäude trat heute die 15. Interparlamentarische Konferenz zusammen, zu der mehr als 900 jetzige oder frühere Mitglieder der Parlamente aus allen Kulturstaaten erschienen waren. Die ausländischen Delegationen sind zum Teil sehr stark vertreten, am stärksten die italienische, die nicht weniger als 96 Debutierte, 18 Senatoren und 12 frühere Parlamentsmitglieder umfaßt. Die englische Delegation umfaßt mehr als 70, die ungarische mehr als 90, die französische über 40, die belgische sogar mehr als 100 Teilnehmer. Von den Parteien des Deutschen Reiches sind außer der Sozialdemokratie alle vertreten, am stärksten die freisinnige Gruppe, die fast alle ihre Parlamentarier entsendet hat. Kurz nach 10 Uhr erschienen auch die offiziellen Vertreter der Regierung im Sitzungssaale des Reichstages. Mit dem Reichskanzler Fürsten Bülow kamen der Staatssekretär des Innern v. Bethmann-Hollweg, der Staatssekretär der Marine Admiral v. Tirpitz, Reichsschatzsekretär Sydow, Staatssekretär des Justizamts Dr. Nieberding, Staatssekretär Dernburg, Justizminister Dr. Beseler, Kriegsminister v. Einem, Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben, Eisenbahnminister Breitenbach, Minister des Innern v. Moltke.

Die Versammlung eröffnete mit einer kurzen Begrüßungsansprache der Vorsitzende der deutschen Untergruppe der Interparlamentarischen Union, Reichstagsabgeordneter Eickhoff, indem er die Anwesenden willkommen hieß. Er schlug vor, zum Präsidenten den Prinzen Schoenaich-Carolath, Mitglied des Reichstages und des preußischen Herrenhauses, zu wählen. Die Versammlung stimmte durch Akklamation zu. Prinz Schönaich-Carolath berief zum Vizepräsidenten für Deutschland den Abgeordneten Eickhoff, für Oesterreich den früheren Staatsminister Freiherrn v. Plener, für Frankreich Frédéric Passy, für Ungarn den Grafen Apponyi, für Italien Brunialti, für die anderen vertretenen Länder wurde ein Vizepräsident ernannt. Ständiger Sekretär des Kongresses ist der Sekretär der Interparlamentarischen Union Gobat. An den früheren belgischen Staatsminister Beernaert, der krankheitshalber an der Teilnahme am Kongreß verhindert ist, sendet der Kongreß die besten Wünsche zur baldigen vollständigen Wiederherstellung.

Dann ergriff zur Begrüßungsrede in französischer Sprache Prinz Schönaich-Carolath das Wort. Er hieß nochmals die ausländischen Delegierten in Berlin herzlich willkommen. Nachdem die Interparlamentarische Union in so viel Städten der Welt, in London, Rom, Christiania, Paris und St. Louis getagt hat, sei sie endlich nach Berlin gekommen, und wenn Berlin an äußerem Glanze des Empfanges nicht mit anderen Staaten wetteifern könne, so heiße er doch die Gäste nicht minder herzlich willkommen. (Beifall.)

Die Bestrebungen der Interparlamentarischen Union sind darauf gerichtet, eine friedliche Entente unter den Völkern zu gründen und die Institution der Schiedsgerichte auszubauen. Für dieses Programm hat die Union immer weitere Kreise in allen Ländern gewonnen. Auch bei den Regierungen finde es volles Verständnis; auf ihrer letzten Tagung hat der König von England folgende Worte an die Union gerichtet: Der Herrscher könne sich kein höheres Ziel vorsetzen, als das eines herzlichen Einvernehmens unter den Nationen. Das sei der sicherste und unmittelbarste Weg für die Menschheit, ihr edles Ziel zu erreichen. (Lebhafter Beifall.) Auch unsere Konferenz gilt dem Einvernehmen unter den Nationen und wir allewünschen, daß sie von Erfolg gekrönt sein möge. Auch Kaiser Wilhelm II. hat sich alle Zeit als Förderer des Friedens bekannt und dieser Auffassung auch unlängst bei seinem Besuch in England bei dem Gastmahl im Mansionhouse wie in Straßburg und Kolmar erneuten Ausdruck gegeben. Es ist ein herrlicher Bau, den wir planen, der Bau der Vereinigung und Verständigung. „Nur der Weltsinn ist Gewinn", sagt Goethe. In diesem Geist wollen wir an die Arbeit treten. (Lebhafter Beifall.)

Die Rede Bülows.

Dann ergriff Fürst Bülow das Wort zu seiner Begrüßungsrede. Er führte aus: Meine Herren, im Namen der kaiserlichen Regierung habe ich die Ehre, Sie willkommen zu heißen. Sie werden, meine Herren, in Deutschland die Sympathien finden, die Sie zu erwarten berechtigt sind. Die interparlamentarische Vereinigung tagt zum ersten Male auf deutschem Boden, aber Sie sind bei uns nicht unbekannt. Mit der zivilisierten Welt weiß Deutschland die Dienste zu würdigen, die Sie einer edlen Sache leisten. Indem ich meinen Blick auf diese glänzende Versammlung richte, sehe ich in ihr alle Altersstufen vertreten, und das erscheint mir natürlich, denn in Ihrem Wirken vereinigen Sie den Schwung der Jugend mit der Erfahrung des gereiften Alters. Sokämpfen Sie gegen die Zweifel und die Schwierigkeiten, die sich jedem schönen Werke entgegenstellen. So haben Sie mehr erreicht, als anfänglich angenommen wurde. Von ausgezeichneten Männern geleitet — ich will nur Ihren Senior nennen, Herrn Frédéric Passy, den wir zu unserer Freude unter uns sehen, Herrn Passy, den ich mich erinnere vor etwa zweiundzwanzig Jahren in Paris gesehen zu haben, und den wir alle so hochherzig, feurig und jung wie in der Vergangenheit hier wiedergefunden, — haben Sie Ihre Aufgabe verfolgt.

Bürgschaften für den Frieden

und die Eintracht unter den Völkern zu erlangen. Eine schwierige Aufgabe, ein mühselige Aufgabe, denn manche Leidenschaften und Parteiziele stehen sich ihr entgegen, aber auch eine wohltätige Aufgabe. Ich kann es ohne Uebertreibung sagen: Von Jahr zu Jahr hat Ihr Erfolg zugenommen. Sie sind Abgeordnete, meine Herren, und ich bin Minister, ein Minister, der sich seit elf Jahren in diesem Saal oft an die Vertreter seines Landes gewendet hat. Wenn ich auch kein parlamentarischer Minister in des Wortes vollster Bedeutung bin, so bin ich doch ein freiheitlich und ehrlich konstitutioneller Reichskanzler. Ich hoffe sehr, daß Ihre deutschen Kollegen mir nicht widersprechen werden. Als konstitutioneller Minister weiß ich, daß Sie als Volksvertreter die Gefühle Ihrer Mitbürgeraussprüche. Was man auch sagen mag, deren Wünsche sind der Mehrzahl nach der Eintracht, dem Fortschritt und dem Frieden günstig, das heißt, sie sind in Uebereinstimmung mit Ihren Bestrebungen. Was die Regierungen betrifft, so werden Sie ihnen die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß sie Ihren Wünschen entgegengekommen sind, indem sie internationale Verträge abgeschlossen haben. Die Regierungen haben dabei Ihre Anregungen beachtet, indem sie sich mit allen ihnen reif erscheinenden Fragen beschäftigten. Wenn die Regierungen entschlossen sind, diesen Weg in der Zukunft weiter in der Vergangenheit zu verfolgen, so ist dies, meine Herren, zum Teil Ihr Verdienst. Die Regierungen sind unter sich einig und einig mit Ihnen über das anzustrebende Ziel. Die Meinungsverschiedenheiten bestehen sich darauf, welche Bahnen man einschlagen muß, um dieses Ziel am besten und sichersten zu erreichen.

In Deutschland nehmen wir lebhaften Anteil an den Fragen, die die Interparlamentarische Vereinigung beschäftigen, und besonders an der

Schiedsgerichtsfrage.

Wir machen es uns zur Pflicht, an der Konferenz der Seemächte teilzunehmen, die in einigen Wochen in London stattfinden wird. Unsere Mitwirkung ist im voraus für alle Vorschläge gewonnen, die mit den Interessen der rechtmäßigen Verteidigung wie mit den unverjährbaren Gesetzen der Menschlichkeit vereinbar sind. Aber, meine Herren, es gibt einen anderen schlagenden Beweis für das Interesse, das Deutschland an Ihrem Werke nimmt, das ist die wachsende Zahl von deutschen Abgeordneten, die an der Interparlamentarischen Vereinigung teilnehmen wollen. Eine schon ziemlich lange Erfahrung hat mir bewiesen: Mißverständnisse zu zerstreuen ist nichts so geeignet, als sich durch Anknüpfung persönlicher Beziehungen kennen zu lernen.

Ich habe noch ein Wort zu sagen, das mir nötig scheint, denn man hat Ihrem Werke einen Charakter beilegen wollen, den es nicht hat, man hat Ihnen, meine Herren, Absichten zuschreiben wollen, die Sie nicht hegen. Friedensliebe bedeutet nicht Mangel an Vaterlandsliebe. Es sind Patrioten, die sich bemühen, Konflikten vorzubeugen durch Bekämpfung der immer schädlichen Unwissenheit, ungesunder Ranküncn des oft blinden Hasses, der nicht selten trügerischen Ambitionen. Wer so handelt, gibt einen Beweis von Patriotismus, eines Patriotismus, der den Weg frei macht, der Hindernisse beseitigt und so den Aufstieg der Menschheit zu dem allen Zeiten und allen Völkern gemeinsamen Ideal erleichtert.

Wie oft hat seine Geschichte, die ihm drei Jahrhunderte hindurch die härtesten Erfahrungen nicht erspart hat, will und muß Deutschland stark genug sein, um sein Gebiet, seine Würde und seine Unabhängigkeit zu verteidigen. Es mißbraucht seine Kraft nicht und wird sie nicht mißbrauchen. Das deutsche Volk, das Frieden wünscht, einen auf Recht und Gerechtigkeit gegründeten Frieden, und das durch Bewahrung des Friedens während so vieler Jahre die Aufrichtigkeit seines Wunsches bewiesen hat, sollt Ihren Arbeiten Beifall. Ich weiß mich mit meinen Landsleuten einig, indem ich Ihnen sage: Mögen Ihre Arbeiten fruchtbar sein, mögen sie nutzbringend sein für alle Völker, deren Vertreter uns die große Freude und die große Ehre erwiesen haben, nach Berlin zu kommen.

Der Präsident dankte dem Kanzler und verlas sodann eine Depesche des Kaisers, in der Wilhelm II. die Delegierten des 15. Kongresses der Interparlamentarischen Union begrüßt und den Wunsch ausspricht, sie möge auch fernerhin zugunsten des Weltfriedens ersprießlich wirken.

Hierauf sprachen Graf Albert Apponyi (Ungarn) und Lord Weardale (England) Worte der Begrüßung. Frederik Bajer, der Ehrenpräsident des internationalen Friedensbureaus in Kopenhagen, berichtete über die Studien, die für die kommende dritte Friedenskonferenz zu machen sind.

Nach seinen Worten bildet der erste Punkt der Tagesordnung angenommen und um ½12 Uhr die Sitzung auf morgen 10 Uhr vertagt.

Meuternde Matrosen

in England und Frankreich.

Der Londoner „Standard" berichtet: Ein in Plymouth von einem Kreuzer, der mit Ablösungstruppen nach Australien fährt, angekommener Brief meldet, daß die Schiffsbesatzung, verdrießlich über die Auferlegung schwerer Arbeiten zur Nachtzeit, die Zielvorrichtungen an fast allen Kanonen zerstörte. Der Schaden wird auf viele hundert Pfund geschätzt; der Kreuzer wurde für eine Zeit unbrauchbar zum Gefecht. Die Angelegenheit wurde dem Admiral bei der Ankunft in Colombo gemeldet. Daraufhin wurden bis zur Entdeckung der Schuldigen alle Freiheiten der Offiziere und Mannschaft beschränkt, so die Kantine geschlossen und das Rauchen verboten.

Wie uns ein Telegramm aus Paris berichtet, meldet der „Petit Parisien" aus Brest: Während der gestrigen Manöver, die der Küstenpanzer „Admiral Trehouart" vornahm, veranstaltete die Mannschaft eine Kundgebung, weil die Erlaubnis, an Land zu gehen, verweigert worden war. Diese Erlaubnis wurde schließlich infolge Intervention des Vizeadmirals de Jongières erteilt. Einige von den Leuten verübten an Land großen Unfug, andere wieder kehrten nicht an Bord zurück, so daß die Abfahrt des Kreuzers verschoben werden mußte.

Ein Massenaustritt aus der sozialdemokratischen Partei

ist jetzt infolge der Nürnberger Parteitagsbeschlüsse in Berlin eingetreten. Der Parteitag hat, wie gemeldet, eine Resolution angenommen, wonach die Zugehörigkeit zu lokalistischen Gewerkschaften oder zum Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverband unvereinbar sei mit der Mitgliedschaft in sozialdemokratischen Wahlvereinen. Dieser Beschluß hat zur Folge gehabt, daß Tausende von Mitgliedern dieser Gewerkschaften jetzt schon ihren Austritt aus der Partei erklärt haben und das Ausschlußverfahren nicht erst abwarten wollen. Für die Sozialdemokratie bedeutet dies einen besonders schweren Verlust insofern, als gerade die Mitglieder der jetzt versemten Gewerkschaften in Berlin zum alten Stamm der Parteigehörten, die zum Teil noch unter dem Sozialistengesetz für die Sozialdemokratie wirkten.

Kreisärzte und außerordentliche Professoren.

Die nicht vollbesoldeten Kreisärzte, deren es in Preußen bei 43 vollbesoldeten 454 gibt, sollen, wie wir hören, durch die neuen Besoldungsgesetze so aufgebessert werden, daß sie im Durchschnitt das Grundgehalt des vollbesoldeten Kreisarztes (3600 Mark) erreichen. Sie beziehen jetzt 1800 bis 4200 Mark, im Durchschnitt 2700 Mark. Auch die 16 nicht vollbesoldeten Gerichtsärzte sollen in gleicher Weise im Gehalt aufgebessert werden.

Die außerordentlichen preußischen Universitätsprofessuren sollen vom Durchschnittsgehalt von 3500 auf 4200 Mark erhöht werden.

Straßenkrawall in Budapest.

Die sozialdemokratische Partei in Budapest hielt, wie ein Telegramm meldet, gestern abend Versammlungen ab, um den Angriffen entgegenzutreten, die auf dem Katholikentag am vergangenen Sonntag gegen die Partei gerichtet worden waren. Nach Schluß der ruhig verlaufenen Versammlungen kam es zu einem Zusammenstoß zwischen der Polizei und Sozialisten, die sich in großer Zahl vor der Redaktion einer Zeitung eingefunden hatten, um eine Demonstration zu veranstalten. Die Polizei trieb die Menge mit blanker Waffe auseinander. Diese rottete sich wieder zusammen, worauf die Polizei von neuem vorging. Es gelang ihr schließlich, die Demonstranten zu zerstreuen! Bei den Zusammenstößen wurden mehrere Personen verletzt. Es wurden 28 Verhaftungen vorgenommen.

Wahlen in Schweden.

Nach einer Meldung aus Stockholm ergaben die Reichstagswahlen 84 Konservative, 63 Liberale und 16 Sozialisten, zusammen 163 von 230 Abgeordneten. Die Rechte verlor 16, während die Liberalen und Sozialisten je 8 Mandate gewonnen haben.

Die Cholera in Rußland.

In Odessa sind, wie ein Telegramm meldet, gestern die ersten beiden Choleraerkrankungen mit tödlichem Ausgang bakteriologisch festgestellt worden.

Das Ende des anatolischen Bahnstreiks.

Wie die „Frankfurter Zeitung" aus Konstantinopel meldet, wurde der Ausstand auf den anatolischen Bahnen gestern abend beendet. Das Personal brachte dem Generaldirektor Huguenin Ovationen dar; der Zugverkehr wurde unter den Beifallskundgebungen einer großen Menschenmenge wieder aufgenommen.

Eine große Metzelei

ist von französischen Kolonialtruppen verübt worden. Aus Paris meldet der Telegraph: Der Gouverneur von Französisch-Kongo teilt mit, daß ein französischer Hauptmann mit 600 Mann bei Djoua den Bewohnern von Ouada ein siegreiches Gefecht lieferte. Die Feinde verloren 1000 Mann.

Sozialdemokratischer Parteitag.

(Telegraphischer Bericht.)

Nürnberg, 17. September.

Vierter Verhandlungstag.

Die scharfen Gegensätze zwischen Revisionisten und Radikalen machen sich auch in dem äußeren Verkehr nach Schluß der Sitzungen bemerkbar. Die einzelnen Gruppen verkehren

vollständig getrennt

in den Cafés und Restaurants der Stadt. Nur einige Führer der „neutralen Gewerkschaften zeigen sich auch ihrer neutral und pendeln zwischen den einzelnen Gruppen hin und her. Wie man hört, soll der Parteivorstand jetzt geneigt sein, die Hauptschärfen aus seiner Resolution herauszubringen. Es ist aber zweifelhaft, ob das den Süddeutschen genügen wird, nachdem sie auf dem Parteitag erklärt haben, daß sie sich in ihre Fraktionsangelegenheiten nicht hineinreden lassen würden. Es würde dann immer noch der Zwang zur Budgetverweigerung übrig bleiben, und diesen Zwang wollen die Süddeutschen unter keinen Umständen akzeptieren.

Der Abgeordnete Bebel

ist noch immer schwerleidend. Seiner gestrigen Rede hatten seine Freunde und Familienmitglieder mit einiger Besorgnis entgegengesehen; es war ihm vom Arzte direkt jede Aufregung untersagt worden. Seine Frau weilte während der Rede ängstlich besorgt im Saale und nahm ihren Gatten gleich nach Schluß der Rede in Empfang. Abgeordneter Bebel verließ sofort den Saal, erschien aber nachmittags wieder in der Sitzung. Sein Zustand soll sich zwar in der Besserung befinden, doch ist ihm von ärztlicher Seite jedenfalls die äußerste Zurückhaltung anbefohlen worden. Aus diesem leidenden Zustand erklärt sich auch, daß gestern Abgeordneter Bebel so wenig temperamentvoll und nur kurz sprach. — Heute wurde

die Debatte über die Budgetfrage

fortgesetzt, und zwar kommt immer abwechselnd ein Redner für und ein Redner gegen die Budgetbewilligung zum Wort. Der erste Redner war Reichstagsabgeordneter Frohme, der dem Parteitag folgenden Antrag zur Annahme empfahl:

„Der Parteitag bestätigt von neuem die Resolution des Lübecker Parteitages und beschließt, um Streitigkeiten über eine eventuell aus zwingenden Gründen notwendig erscheinende Zustimmung zum Budget zu vermeiden, daß sich die Fraktionen in den Einzellandtagen darüber zunächst mit ihren Landesvorständen und dem Parteivorstand zu verständigen haben."

Der Redner führte aus: Dieser Antrag entspringt dem Bestreben, die hochgehenden Meinungsdifferenzen, die über die Frage der Budgetbewilligung entstanden sind, nach Möglichkeit zu schlichten. Die Resolution des Parteivorstandes ist aus mehreren Gründen für uns nicht annehmbar. (Beifall.) Die Frage der Budgetbewilligung selbst will ich nicht entscheiden. Mein Antrag geht von der Ansicht aus, daß es nicht angängig, ja höchst bedenklich ist, der Lübecker Resolution irgendeine Verschärfung zu geben. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Wir halten sie für ausgebraucht, den bayerischen und badischen Genossen irgendwie einen Tadel auszusprechen. Man mag kritisieren, aber man darf nicht tadeln. Die Lübecker Resolution reicht nach unserem Dafürhalten vollständig aus, um die Grundlage abzugeben für eine den Parteiinteressen entsprechende Regelung dieser Streitfrage. (Sehr richtig!) Wir wollen hier kein Gericht abhalten, sondern wir wollen mit den Süddeutschen zusammen diese Frage entscheiden, sodaß der Partei keinen Schaden leidet. (Sehr richtig!) Ob zwingende Gründe für die Zustimmung zum Budget vorliegen, das ist Ansichtssache. Jedenfalls nehme ich hiermit allen Nachdruck und äußerster Entschiedenheit das Zuerkenntnis in Anspruch, daß die Süddeutschen in der besten und rechtschaffensten Absicht so gehandelt haben, wie sie handeln zu müssen glaubten. (Beifall und Händeklatschen bei den Süddeutschen.) Wenn schon dadurch, daß unsere süddeutschen Genossen für das Budget gestimmt haben, die Klassenkampftheorie gefährdet werden soll, dann sei man gefälligst so konsequent und verwerfe den Parlamentarismus überhaupt. (Stürmischer Beifall bei den Süddeutschen.) Die Resolution des Parteivorstandes enthält unsagbare Widersprüche. Zum ersten Mal gibt die Lübecker Resolution zu Meinungsverschiedenheiten Anlaß. Da kommt man gleich mit einer Verschärfung, statt Katelen und eine Auslegung zu schaffen, die dem Geiste und der Tendenz der Lübecker Resolution entspricht. (Sehr richtig!) Solange ich reden und schreiben kann, werde ich jeder Gefahr, die Partei durch unnütze und aufreibende Diskussionen zu schädigen und zu zerrütten, mit äußerster Entschiedenheit entgegentreten. (Stürmischer Beifall bei

den Süddeutschen.) Ich denke, wir haben in der 40jährigen Parteigeschichte genug gelernt. (Anhaltender Beifall bei den Süddeutschen.)

Reichs- und Landtagsabgeordneter **Geck** (Offenburg): Ich bitte, den Antrag Frohme abzulehnen und die Resolution des **Parteivorstandes** und der Kontrollkommission anzunehmen. (Abrufe bei den Süddeutschen.) Die Süddeutschen sagen ja selbst, daß die erfolgte Zustimmung zum Budget eine Ausnahme gewesen sei. Vorstand und Kontrollkommission haben die richtige Lösung im beiderseitigen Sinne und allgemeinen Parteiinteresse gefunden. (Zuruf bei den Süddeutschen: **Judas!** Lärm bei den Radikalen.) Man hat den Geist unseres verstorbenen Ehrhardt heraufbeschworen. Die Ueberzeugung Ehrhardts in allen Ehren — und ich will zugeben, daß er der Vorstandsresolution vielleicht nicht zugestimmt hätte. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen) — aber das eine hätte er getan: er hätte anerkannt, daß diese Resolution getragen ist von der wohlmeinenden und ehrlichen Absicht. (Stürmische Unterbrechungen bei den Süddeutschen), von der ernsthaften Pflichterfüllung im Dienste der Partei. (Erneute stürmische Unterbrechung bei den Süddeutschen. Rufe: Pfui! Pfui!) Ich erkläre hier im Auftrage der Kontrollkommission, und das dürfen Sie mir glauben, denn soweit sind wir doch noch nicht, daß wir eines Mannes Wort nicht glauben. (Zurufe bei den Süddeutschen. **Ihr** nicht! Lärm bei den Radikalen.) Ich erkläre also im Auftrage der Kontrollkommission, daß uns jedes Mißtrauen fernliegt. Die Budgetabstimmung hat für uns symptomatische Bedeutung. In Baden besteht noch ein Rest der Maigesetze. Wir beantragten die Aufhebung dieses Ueberbleibsels aus früheren Jahrzehnten. Daraufhin erklärte aber Genosse Kolb: Da stimme ich nicht mit, und verließ den Saal. (Hört, hört!) Auch auf dem Gebiete der Steuerpolitik sind unsere Grundsätze verlassen worden. Der Clou bei der Budgetbewilligung ist die Erhöhung der Beamtengehälter. Dabei sind gerade die kleinen Beamten zu kurz gekommen. (Hört, hört!) Es handelt sich hier um den Kampf gegen eine organisierte Fronde, die

eine Los-von-Norddeutschland-Bewegung

bei uns inszenieren will. (Lebhafter Beifall.)

Abgeordneter **Ulrich** (Offenbach): Auf die Affären des „Vorwärts" und der „Leipziger Volkszeitung" gehe ich hier nicht ein. Diese Sachen können hier nicht entschieden werden. Ich habe in meiner 39jährigen Parteitätigkeit die Erfahrung gemacht, daß zu gewissen Zeiten immer eine Frage auftaucht, die uns aufregt, und nachher wissen wir selbst nicht, weshalb wir uns die Köpfe abgeschnitten haben. (Lebhafte Heiterkeit.) Ich konzediere den Berlinern, daß sie das, was sie jetzt tun, glauben, im Interesse der Partei zu tun. Aber in diesem Fall haben sie weit über das Ziel **hinausgeschossen**. Die Berliner sehen immer da eine Prinzipienfrage, wo keine vorhanden ist, sondern nur eine taktische Frage vorliegt. (Sehr richtig!) So geht es auch heute. Ich wundere mich, das Genosse Geck heute in eine prinzipielle Aufregung geraten ist. (Heiterkeit.) In Frankfurt a. M. hat er ausdrücklich im Jahre 1894 erklärt und einen Antrag unterschrieben, wonach die gesamte Abstimmung über die Finanzgesetze in den Einzelstaaten eine **reine Zweckmäßigkeitsfrage** ist. (Hört, hört! Rufe: Timm! Timm!) Timm hat sich früher da nicht ausgekannt, jetzt hat er sich hineingearbeitet und ist so zur richtigen Anschauung gekommen. Wir sollen ja hier nicht verbrannt werden, wir haben das letzte Mal nicht nur gegen den Etat gestimmt, sondern wir haben ausdrücklich dem Ministerium unser Mißtrauen zum Ausdruck gebracht. Trotzdem bin ich vollkommen solidarisch mit den Bayern, Badensern und Württembergern. (Lebhafter Beifall bei den Süddeutschen.) Und das tue ich gerade, weil ich weiß, daß es den einzelnen Fraktionen überlassen bleiben muß, welche Stellung sie zum Budget einnehmen wollen. Deshalb sollte auch der heutige Parteitag es ablehnen, hier einen festlegenden Beschluß zu fassen. (Lebhafter Beifall.)

Redakteur **Westermayer** (Stuttgart) beantragt: „Der Parteitag billigt **ausdrücklich** die **Zustimmung** der sozialdemokratischen Landtagsfraktionen Bayern und Baden zum Budget." Unterstützen Sie bitte diesen Antrag und **lehnen Sie ihn nachher mit glänzender Mehrheit** ab. (Stürmischer Beifall, Gelächter bei den Süddeutschen.)

Redakteur Dr. **Weill** (Nürnberg): Die Budgetbewilligung braucht keineswegs ein Vertrauensvotum zu sein, sie kann auch eine Demonstration sein, wie die Beispiele in Berlin und Sachsen beweisen. Wie soll man einen Vergleichsmaßstab finden zwischen schlechten und gutem Budget? Dieser Satz in der Resolution bedeutet die Proklamierung des Grundsatzes, daß man in der Minderheit anders stimmen soll als in der Mehrheit.

Frau Klara **Zetkin** (Stuttgart): Ich protestiere gegen die Auffassung, daß unser Parteivorstand ein so schwaches, unfähiges Organ ist, daß er nicht selbständig handeln könne und nicht urteilsfähig sei. (Stürmischer Beifall.) Protestieren muß ich, daß es in unserer Partei verantwortliche und unverantwortliche Träger der Bewegung gibt, und daß die verantwortlichen lediglich die **Abgeordneten** und die Parteibeamten sind. (Stürmischer Beifall.) Ich bestreite, daß einem mit dem Mandat der Verstand wächst. (Stürmischer Beifall und Gelächter.) Diejenigen, die immer verlangen, daß unsere Partei und unsere Taktik revidiert werden sollen, sind die historische Fortsetzung der Berliner „Jungenbewegung", die auch dasselbe wollte, allerdings nach anderer Richtung. Auch taktische Fragen müssen prinzipiell gelöst werden. (Abgeordneter Dr. David: Prinzipielle Taktik! Gelächter.) Was die Parteigenossen im ganzen Lande aufregte, war die Empfindung, daß sie vor vollendete Tatsachen gestellt werden sollten. Niemand wird den Genossen den guten Glauben absprechen, daß sie glaubten, in Uebereinstimmung mit der Lübecker Resolution zu sein. Aber alle Gründe, die sie da geben, stehen in Widerspruch mit dieser Resolution. (Zuruf: Bock!) Wir müssen dagegen protestieren, daß die süddeutschen Genossen hier dem Parteitag die Pistole auf die Brust setzen. Man soll sich auch nicht immer auf den toten Auer berufen,

diesen toten Eid

sollen Sie nicht auf Ihre dürren Argumente setzen. Auer betonte stets die Einheit der Partei, die ihm über alles ging. Aber zu dieser Einheit ist das sozialdemokratische Programm und Disziplin notwendig. (Stürmischer Beifall.)

Abg. **Singer** verliest einen Antrag Westermeyer, der lautet: „Der Parteitag billigt ausdrücklich die Zustimmung der süddeutschen Landtagsfraktionen in Bayern, Württemberg und Baden zum Budget." (Großes Gelächter.)

Vorsitzender Singer stellt die Unterstützungsfrage, die große Mehrheit ist für die Unterstützung des Antrages. (Abgeordneter Fischer ruft von der Tribüne: Macht doch den Parteitag **nicht zum Ulk!**)

Chefredakteur Dr. **Quarck** (Frankfurt a. M.): Die Resolution Frohme hat den Vorzug, daß sie folgerichtig ist und Klarheit zeigt, und die Möglichkeit gibt, die Differenz im Keime zu ersticken. Der Parteivorstand hatte sich doch auf die Gefahrenhalbe setzen und nach Karlsruhe fahren sollen. (Gelächter.) Das macht jede Gewerkschaft. Wir dürfen nicht die Süddeutschen schütteln und Kock und die anderen laufen lassen, ebenso nicht den Parteivorstand laufen lassen, der auch seine Pflicht nicht getan hat. (Beifall und Widerspruch.)

Chefredakteur Dr. **Lensch** (von der „Leipziger Volkszeitung"): Auch diese prinzipielle Debatte ist wieder auf die Melodie des revisionistischen Leierkastens eingestellt. Wenn man das Lied nicht weiter kann, fängt man auf die „Leipziger Volkszeitung" zu schimpfen an. (Große Heiterkeit.) Genosse Hildenbrand sagte, jeder anständige Genosse werde von der „Leipziger Volkszeitung" angespuckt. Nun, den Genossen Hildenbrand hat die „Leipz. Volksztg." noch nicht angespuckt. Ich überlasse es dem Genossen Hildenbrand, ob er sich also noch zu den anständigen Genossen rechnen will. (Unruhe.) Dieser Parteiloskonflikt ist willkürlich von den süddeutschen Parteigenossen heraufbeschworen. (Unruhe und lebhafte Zustimmung.)

Rauch-Hannover gibt die Erklärung ab, daß die zwölf Delegierten seines Bezirkes nach den Darlegungen der Genossen Timm, Hildenbrand und Frank zur Ueberzeugung gekommen sind, daß die süddeutschen Genossen im vollen Bewußtsein, im Sinne der Lübecker Beschlüsse zu handeln, abgestimmt hätten. Wir sind überzeugt, daß ein Disziplinbruch nicht erfolgt ist. Deshalb lehnen wir die Resolution des Vorstandes glatt ab. (Beifall, Gelächter.) Wir bedürfen von der Annahme der Resolution auch eine ungünstige Beeinflussung der ganzen Arbeiterbewegung. Ueber die Art der Politik, wie sie von einigen Organen in Norddeutschland geführt wird, sprechen wir unsere Mißbilligung aus. (Stürmischer Beifall, laute Unterbrechungen. Zuruf: Und die Süddeutschen?) Auf das allerentschiedenste verurteilen wir diesen Ton. Die Resolution des Vorstandes betrachten wir als

eine Vogelscheuche,

die auf ein abgeackertes Feld gestellt wird. Bisher ist noch kein Genosse genannt worden, der gewillt ist, Konzessionen an die bestehende Gesellschaftsordnung zu machen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir wählen unsere Genossen nicht ins Parlament, bloß damit einige von ihnen brillante Reden halten, sondern damit Vorteile für die Arbeiterklassen erzielt werden. Es ist außerordentlich leicht, eine von Radikalismus triefende Rede zu halten, aber es ist nicht jeder **gewissenlos** genug, sie zu halten. (**Große Erregung**, heftiger Widerspruch, lebhafte Zurufe. Präsident Singer: Wenn diese Worte auf eine hier gehaltene Rede hingielen, dann muß ich den Redner **zur Ordnung** rufen. Erregte Zwischenrufe, namentlich vom Genossen Ledebour.)

Es ist in mir der Verdacht aufgestiegen, daß es verschiedenen Parteigenossen sich hier gar nicht um die Budgetabstimmung handelt, sondern darum, einigen der Mehrheit nicht angenehmen Parteigenossen den Stuhl vor die Tür zu setzen. (Stürmischer Beifall bei den Süddeutschen, heftiger Widerspruch und laute Unterbrechung.) Ich nehme da Bezug auf einen Artikel des Hamburger „Volksblattes", daß man die Parteiverräter hinauswerfen und eine reinliche Scheidung vornehmen müsse. (Hört, hört!) Auch eine angenommene Resolution wird die Entwickelung nicht aufhalten. (Stürmischer Beifall bei den Süddeutschen.)

Rosa Luxemburg: Daß es eine Politik gibt, die ebenso weit entfernt ist von bürgerlicher Reformpolitik wie von anarchistischer Revolutionsphrasenpolitik, daß es eine sozialdemokratische Klassenpolitik gibt, das scheinen die süddeutschen Parlamentarier vergessen zu haben. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit, große Unruhe.) Wir müssen der Masse sagen, daß das, was wir bekommen, eine erbärmliche Abschlagszahlung ist, ein erbärmliches Trinkgeld. (Stürmischer Beifall.) Nicht durch kleine Konzessionen kann die Arbeiterklasse etwas erreichen, sondern nur durch rücksichtslosen Kampf. Die Einigkeit der Partei darf keine Aeußerlichkeit sein, sondern muß im inneren Handeln bewahrt bleiben. Deshalb haben wir heute allen Anlaß, jener zum politischen und organischen Ruin der Partei führenden Richtung zuzurufen:

Bis hierher und nicht weiter!

Zubeil (Berlin): Die Behauptung Hildenbrands, daß wir in der Berliner Stadtverordnetenversammlung dem Etat zugestimmt haben, ist unwahr. (Beifall und Zurufe: Ihr habt nicht dagegen gestimmt! Gelächter.) Vogler hat im Jahre 1892 ausdrücklich die Erklärung abgegeben, daß wir den Etat ablehnen müssen. (Aber seitdem habt ihr keine Erklärung abgegeben. Unruhe.) Eine Abstimmung über den Etat ist in Berlin nur positiv möglich. Deshalb konnten wir die bei der Abstimmung selbst uns unmöglich anders verhalten. (Widerspruch.) Man hat sich über den Ton der Berliner beschwert. Hildenbrand sollte Gott danken, daß Timm nicht mehr in Berlin ist; er wäre Ihr größter Henker! Wir Berliner stimmen **geschlossen** für die Vorstandsresolution. Der „Vorwärts" hat gewiß scharfe Worte geschrieben. Aber es hat wenigstens die Berliner Parteigenossen auch mit den Stimmen der Süddeutschen bekannt gemacht. Das haben die süddeutschen Blätter nicht getan, und nur deshalb haben Sie in den Versammlungen Vertrauensvoten erhalten. (Lebhafter Widerspruch bei den Süddeutschen.) Man hat uns gestern dreimal zugerufen, die Vorstandsresolution sei unannehmbar. Nun gut, tragen Sie die Konsequenzen,

wir gehen keinen Schritt zurück.

(Stürmischer Beifall bei der Mehrheit, große Erregung.)

Reichstagsabgeordneter **Hué** (Bochum): Ich bitte Sie, den Antrag des Vorstandes **abzulehnen** und die Resolution des alten Frohme anzunehmen. Ich stehe im Kampf mit der Schwerindustrie und ihren gewaltigen Industriebaronen. Wie könnte ich da besonders gereizt sein, der bürgerlichen Gesellschaft Konzessionen zu machen. Wenn es eine glänzende Bestätigung der Marxschen Lehre von der Konzentration des Kapitals gibt, so ist es die deutsche Eisen- und Hüttenindustrie. Den rücksichtslosesten Kampf gegen diese Industrie führt die Sozialdemokratie, und deshalb bin ich als Gewerkschaftler Sozialdemokrat. Parteibeschlüsse sind nie ein Evangelium, wie Genosse Singer sagte; das kann eine Partei nicht. Disziplin wollen auch wir halten, aber **Kadavergehorsam** richtet eine Partei zugrunde. (Lebhafter Beifall.)

Sie wollen aus Disziplin Kadavergehorsam machen,

da machen wir nicht mit. Eine Abstimmung über die Budgetbewilligung hier bei der Zusammensetzung des Parteitages wäre eine **Vergewaltigung**. (Lebhafte Unterbr. bei den Norddeutschen.) Die Frage ist hier nicht zu lösen, sie muß den einzelnen Landesorganisationen zur Lösung überlassen bleiben.

Als letzter Redner der Vormittagssitzung sprach Reichs- und Landtagsabgeordneter Lehmann (Mannheim), der zur Minorität der badischen Landtagsfraktion gehört und ihre Haltung zu rechtfertigen sucht.

Darauf trat die Mittagspause ein.

Der Stadtverordnetenwahlkampf im fünften Bezirk

beschäftigte gestern abend eine gut besuchte Versammlung **der Demokratischen Vereinigung (Bezirksgruppe II) im „Königshof"**, Bülowstraße. Der Vorsitzende, Herr Zucker, erwähnte bei der Eröffnung der Versammlung kurz die Vorgänge in der Mugdan-Versammlung am Montag. Diese Versammlung sollte dem Zwecke dienen, die Kandidatur Mugdans auch von einem Bezirksverein proklamieren zu lassen. Eine dahingehende Resolution hatten die Versammlungsleiter schon in der Tasche. Die Freude ist ihnen aber von der Demokratischen Vereinigung verfalzen worden, und es kann nur ergötzlich wirken, wenn die Mugdanesen sich jetzt durch einen verlogenen Siegesbericht in der „Freisinnigen" zu trösten suchen. (Sehr richtig!)

Dr. **Moses** machte hierauf interessante Ausführungen über „Die **sozialen Pflichten einer Gemeinde**". Die Einführung der **allgemeinen Volksschule** ist ein alter Satz der demokratischen Forderungen. Im Programm der freisinnigen Volkspartei ist aber diese Forderung nicht enthalten, ebenso wenig wie die Forderung der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel. Gerade Eugen Richter hat auf dem Eisenacher Parteitag diese Forderungen **auf das schärfste bekämpft**. Dagegen hat sich die **deutsche Lehrerschaft** für die allgemeine Volksschule entschieden auf ihren Tagungen, und es muß geradezu

einen lächerlichen Eindruck

machen, daß heute eine Partei, die sich liberal nennt, noch nicht zu der Einsicht gekommen ist, diese Forderung aufzunehmen, die in Süddeutschland **langst verwirklicht** ist. Unsere preußische Volksschule ist nur Armenschule im wahrsten Sinne des Wortes geworden. Dadurch werden die Gegensätze schon in die Kindesseele gepflanzt, die später in Klassenhaß und Rassenhaß ausarten. Auch die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel ist eine selbstverständliche Forderung, und es muß befremden, daß sich die „liberale" Berliner Stadtvertretung mit Händen und Füßen dagegen sträubt. Der Redner zeigte an den von der „Berliner Volks-Zeitung" seinerzeit festgestellten Tatsachen, wie groß das Schulelend selbst in der Nähe Berlins ist. Aber man dürfe den Junkern nicht allein die Schuld an solchen Zuständen beimessen. In den Kommunen, wo der Kommunalfreisinn das Heft in Händen hat, sieht es oft ebenso schlimm aus. Es ist bezeichnend, daß in Kiel der dortige Führer der freisinnigen Volkspartei in exzeptionärer Manier dagegen Stellung nahm, da durch die Verbesserung des Volksschulwesens die „Begehrlichkeit" erregt werde. Gegenüber dieser Haltung des Kommunalfreisinns muß dafür gesorgt werden, daß eine Demokratisierung aller kommunalen Institutionen erfolgt. Das gilt vor allem auch für

das kommunale Wahlrecht.

Wenn sich Dr. Mugdan als erbitterter Feind des allgemeinen gleichen Wahlrechts für die Gemeinden vorstellte, so entspricht er damit ganz den Tendenzen der freisinnigen Volkspartei, auf deren Parteitagen Eugen Richter diese Forderung **scharf bekämpfte**. Die Demokratische Vereinigung wird es als ihre Aufgabe betrachten, vor allem bei den Kommunalwahlen einzugreifen, um an Stelle des verstockten Kommunalfreisinns frisches demokratisches Leben in die Kommunen zu bringen. Bei der gegenwärtigen Wahlbewegung, wo dem sozialfortschrittlichen Kandidaten Professor Reichert der reaktionäre Scharfmacher Mugdan als Vertreter aller schlechten Eigenschaften des Kommunalfreisinns gegenübersteht, werden es die Demokraten vor allem als ihre Ehrenpflicht betrachten, mit allen Kräften die Kandidatur des Professors Reichert zu unterstützen.

Der Verlauf der letzten Mugdan-Versammlung hat gezeigt, daß es die Leute um Mugdan gar nicht verdienen, daß man ihnen mit besonderem Anstandsgefühl entgegenkommt. Wenn man den Bericht der „Freisinnigen Zeitung" über diese Versammlung liest, so muß man zu der Ueberzeugung kommen, es sitzen dort lauter Schwindler. Eine Versammlung, in der die Demokraten eine **forderndende Mehrheit hatten**, daß sie ihrerseits jede Resolution durchdrücken oder die Versammlung hätten **sprengen** können, wenn sie es **gewollt** hätten, als eine „Abrechnung mit der demokratischen Vereinigung" zu bezeichnen, das beweist, daß diese Leute es gar nicht verdienen, anständig behandelt zu werden. Das ist die **Vergiftung** des politischen Kampfes, die von der freisinnigen Volkspartei großgezogen worden ist. Wir werden nunmehr auch den Kampf gegen diese

Reaktionären in freisinniger Maske

mit der allergrößten Rücksichtslosigkeit führen. Ein zweites Mal werden freilich die Mugdan-Freunde voraussichtlich keine Versammlung mehr ohne Eintrittskarten abhalten. (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion kennzeichnete Herr Lehrer **Schöne** zunächst in anschaulicher Weise die Stellung des Berliner Kommunalfreisinns zu den Volksschulnöten und der Volksschule überhaupt. Die Volksschule wird hier innerlich und äußerlich **stiefmütterlich** behandelt gegenüber den höheren Schulen. Das zeige sich schon darin, daß ein Schüler höherer Lehranstalten der Gemeinde das Dreifache koste dessen, was ein

---

„Lear" im Deutschen Theater.

Shakespeare spielt man, aber man soll nicht mit spielen. Das zweite ist Reinhardts Verfehlung. Er mußte die Grenzen seiner Kraft kennen. Solange er nicht einen Matkowsky oder Bassermann bei sich hat, ist er darauf angewiesen, Shakespearesche **Komödien zu erwecken**. Die hat er stets farbig und überzeugend herausgebracht: den „Sommernachtstraum", die Shylok-Komödie, „Was Ihr wollt". Doch die Lear-Tragik verlangt mehr als Saft und Farbe, nämlich Kraft und Größe. Sie fordert einen Schauspieler, der nicht bloß klug ist, sondern der einem mit elementarer Wucht alle Gefühle aus dem Herzen herausbannt. Gestern dachten die Leute im Theater: Dieses Greises Schicksal ist traurig und interessant. Das ist falsch. Der Lear muß so wirken, daß alles Denken betäubt und alles Fühlen in Erregung gesetzt wird. Wenn das Publikum erst zu skeptischer Erörterung kommt, ist der Kern der Lear-Tragödie nicht getroffen.

Man spielt entweder den „**König Lear**", oder man spielt ihn nicht. Aber man spielt nicht um die Lear-Rolle herum. Aber das tut Reinhardt. Er verpulvert eine Unsumme von Arbeit, um am entscheidenden Punkte zu versagen. Sein Drum und Dran ist weitvoll und gut. Die Bilder, die er stellt, sind großartig, großartig in ihrer düsteren Stilisierung. Die drunkreische Dekoration hat aufgehört, die Schauspieler agieren vor farbigen Mauern, Vorhängen, in flachen, zweifarbigen Landschaften aus Erde und Himmel. Die Farbe ersetzt für die Phantasie alles, was man früher auf Prospekte und Soffitten zeichnete. Das Prinzip ist gut, für das Lear-Drama zumal, das zeitlos in der Vergangenheit umherirrt.

Doch auch das durchschnittliche Schauspielermaterial ist gut. Da bekommt jede Figur ihr starkes Profil, manche auch ihr eigenes Schicksal. Im **Nebensächlichsten** spürt man am deutlichsten Reinhardts intensive Betriebsart, die ihn über alle anderen Regisseure heraushebt. Wie spitz und wichtig bringt er den schleimigen Haushofmeister (von Friedrich **Kühne** gespielt) heraus! Für solche Kleinigkeiten hat er seine besonderen Kräfte in Vorrat. Da bekommt selbst die giftige Goneril in Helene **Fehdmers** Händen ihre besondere Persönlichkeit vor ihren Schwestern: „Schön und abscheulich", wie es in der Dichtung von ihr lautet, doch auch listig, augenzwinkernd, vollständig. Die Regan hätte ihre Charakterschattierung wohl auch vorweisen dürfen, falls nicht für die kranke Hedwig Wangel eine andere Hätte einspringen müssen. Die Herzöge von Albanien und Gloster (**Hartau** und **Henrich**) prägen aus ihren fast neutralen Rollen alle Möglichkeiten heraus, und selbst die Fürsten von Burgund und Frankreich bekommen in ihren vier, fünf Worten noch ihr besonderes Gesicht. Hier herrscht Sauberkeit und Exaktheit, von denen man an anderen Bühnen nichts weiß.

Und wie die dritten Rollen ausgezeichnet sind, so sind die zweiten Rollen gut. Der melancholische Narr liegt bei Alexander **Moissi**. Der würde zwar mehr Ergriffenheit ins Gemüt senken, wenn er seine wehmütigen Liedlein verständlicher sänge. Aber im Seelischen meistert er den lieben Gesellen restlos. Es ist schön, wie er die clownhaften Grillen paart mit klugen, beratenden und tröstenden Menschlichkeit. Das bringt ihn dem achtzigjährigen Könige mehr als Freund denn als Spaßmacher nahe. Für den alten Gloster tritt Paul **Wegener** verständige Kunst ein, für seine Söhne sind die jugendlichen Kräfte Oskar **Beregis** und Harry **Waldens** parat. Walden spielt unter tapferer Verleugnung alles dessen, was ihn bei den Backfischen beliebt macht, einen ausgezeichneten Edgar. Mit sicherer Intelligenz läßt er es den Zuschauer gewahr werden, daß sein Wahnsinn verstellt ist im Gegensatze zu dem des Lear. Das merkbar zu machen, ist die große Schwierigkeit der Rolle, und Harry Walden hält alle Versprechungen, die er in seiner bisherigen Laufbahn gemacht hat, indem er sie löst. **Beregi** bösewichtert ohne Kraftheit und Unglaubwürdigkeit den Edmund. Für den Kent tritt **Winterstein** stämmige und markige Art wohltuend herzlich ins Zeug.

So bliebe der Lear. Ihn spielt Rudolf **Schildkraut**, und er — **versagt**. Er ist ein Shylok, aber kein britannischer Monarch. Er reckt sich nicht auf zum Gewaltwollen, Uebergroßen, Majestätischen, kurzum: zum Shakespeareschen. Alles Feiertäglich-Erhabene gebricht ihm. Er gibt eine **Charakterstudie, doch kein Königsschicksal**. Vieles wirft er unter den Tisch, mit dem seine Vorläufer mühelos die Menschen aufzurütteln vermochten. Anstatt eines ohnmächtigen Sichaufreckens gibt er oft ein trübselliges Wimmern. Er trägt nicht wie Lear, sondern wie ein Kleinbürger den Haß seiner Töchter. Das „Jeder Zoll ein König", von einem Wahnsinnigen gesprochen, dem Größe von einstmals aufdämmert, läßt er verpuffen in einem wispernden und miauenden Tonfalle. Hier mußte der Angelpunkt der Tragödie liegen. Der Schauspieler übersieht ihn. Für den großen Fluch reicht das Organ nicht hin und nicht her. Das „Laßt mich nicht wahnsinnig werden, Götter!" müßte markerschütternd durchs Haus schallen. Hier entrinnt die Wirkung in einem Krächzen der Stimme. Die letzte Szene mit Cordelia (die von Lucie **Höflich** auch nicht mit voller Poesie gespielt wird) wird zerspreugt durch ein Hervorkehren asthmatischer Symptome. Man sieht, es langt nirgends, und der Hang, naturalistisch zu sein, ertötet auch gut angelegte Stellen in ihrem Effekt.

Es ist schade, aber unvermeidlich, daß dieser Lear der ganzen Aufführung das Genick bricht. Reinhardt sollte sie sich getrost aufsparen, bis er im nächsten Jahre Bassermann zur Verfügung hat. Dann soll er's noch einmal riskieren.

K.

Volksschüler kostet. Auch die Lehrer hätten nicht auf grosses Verständnis für ihre Bedürfnisse bei der Berliner Stadtverwaltung zu rechnen. Die „freisinnige" Stadtverwaltung hat keinen Finger gerührt, um den Wünschen der Lehrer entgegenzukommen, die aus Gewissensgründen vom Religionsunterricht entbunden sein wollen. In die Schuldeputation hat die Berliner Stadtvertretung nur genau so viele Lehrer und Lehrerinnen gewählt, wie das Gesetz es vorschreibt, und gerade

der „Freisinnige" Cassel

war gegen die Heranziehung einer grösseren Anzahl von Lehrern, obwohl dies zulässig gewesen wäre! Drei Vierteljahrelang haben sich Magistrat und Stadtverordnetenversammlung herumgestritten um 50 Mark bei der Teuerungszulage der Lehrer, obwohl die durch die Bewilligung der 50 Mark kaum eine so grosse Summe erfordert hätte, wie sie für den Empfang ausländischer Potentaten seitens der freisinnigen Stadtverwaltung bewilligt wird. Wie man den Lehrer behandelt, so behandelt man auch die Volksschule. Die Volksschule ist der Punkt, an dem sich kommunalfreisinnige und demokratische Anschauungen scheiden. (Beifall.)

Herr Zucker beleuchtete die geringe Begeisterung der freisinnigen Volkspartei für das allgemeine gleiche und geheime Wahlrecht, von dem schon Mugdan Zeugnis gegeben habe. Auch die glatte Ablage der ehemals liberalen Ergellenz Derenburg an das Reichstagswahlrecht sei ein wertvoller Beleg für die Wahrheit des Satzes: „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen." Wenn einmal diese Gesellschaft, die sich liberal nennt, aus Ruder kommt, dann sei sie reaktionärer als irgendeine oktelbische Gutsherrschaft; das zeige sich auch beim Berliner Kommunalfreisinn in der Behandlung von Arbeiterfragen. Der Redner empfahl die Annahme folgenden Antrages:

„Die Stadtverordnetenversammlung beziehungsweise der Magistrat wolle beschliessen: Städtische Lieferungen und Arbeiten nur an solche Lieferanten und Arbeitgeber zu vergeben, die ihren Angestellten und Arbeitern volle Koalitionsfreiheit gewähren. Ein entsprechender Paragraph ist in alle Lieferungs- und Arbeitsverträge aufzunehmen, die die Stadt mit den Unternehmern abschliesst."

Herr Freund stellte hierzu den Zusatzantrag:

„Die Versammlung ersucht ferner die städtischen Behörden, in allen Lieferungsverträgen die Anerkennung des Streiks als höhere Gewalt auszuschliessen."

Der Redner ging dann besonders auf die Notwendigkeit einer gesunden kommunalen Bodenpolitik ein und geißelte die Abwürgung der auch von Herrn Mugdan verworfenen Wertzuwachssteuervorlage von der Mehrheit des Kommunalfreisinns in der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Man müsse verlangen, daß die Stadt von ihrem Grundbesitz nichts veräußert, sondern ihn zu vermehren sucht. Sie könnte dann entweder selbst den Bau von Kleinwohnungen in die Hand nehmen oder wenigstens die Baugenossenschaften durch Hergabe von Land in Erbpacht unterstützen. In der Schulfrage müsse neben der einheitlichen Volksschule auch gefordert werden, daß jeder, der dazu befähigt ist, eine höhere Schule auf Kosten der Gemeinde oder mit Beihilfe des Staates besuchen kann. Das dürfe aber nicht in der Form der jetzigen Unterstützung für diese Zwecke geschehen. Von der freisinnigen Volksparteі werden die Volksschullehrer niemals eine wirklich durchgreifende Förderung ihrer Interessen erwarten können.

Herr Hirschberg kennzeichnete in drastischer Weise die verlogene Berichterstattung der „Freisinnigen Zeitung" über die Mugdan-Versammlung. In dieser Versammlung hätten sich Mugdan und seine Freunde in so reaktionärem Lichte gezeigt, daß man dieser Art „Freisinn" im Interesse des wahren Freisinns und der Demokratie den Kampf bis aufs Messer ansagen müsse. Herr Mugdan habe ja schon nach der ersten geschlossenen Mugdan-Versammlung eine Probe seiner Wahrhaftigkeit dadurch abgelegt, daß er in der „Freisinnigen" seine eigene Rede korrigierte, um abzuleugnen, daß er sich als erbitterter Feind des Reichstagswahlrechtes für die Kommunen bekannt hatte, wie die „Volkszeitung" richtig berichtet hatte. In der Montags-Versammlung sei Dr. Mugdan ebenso mit der Wahrheit umgesprungen. So habe er behauptet, Herr Freund habe zum Kampf gegen die freien Gewerkschaften aufgefordert, während dieser das Gegenteil gesagt hatte. Einen solchen Mann wie Mugdan könne man schon aus politischem Anstandsgefühl nicht wählen. (Lebhafte Zustimmung.)

Nachdem noch Frau Donau die skandalöse Behandlung gebrandmarkt hatte, die den Frauen in freisinnigen Versammlungen zuteil werde, wies im Schlußwort Herr Dr. Moses auf die innige Freundschaft hin, die der getaufte Jude Dr. Mugdan den Antisemiten entgegenbringe. Bei früheren Gelegenheiten habe er schon öffentlich erklärt, daß er bei einer Stichwahl zwischen Stöcker und einem Sozialdemokraten unbedenklich Stöcker seine Stimme geben würde. Wenn ein Freisinniger diesem Mugdan seine Stimme bei der Stadtverordnetenwahl gibt, so mache er sich zum Förderer der Reaktion.

Der Antrag Zucker wurde zum Schluß mit dem Zusatzantrag Freund einstimmig angenommen.

Lokales.

Der $10\frac{1}{2}$ Millionenüberschuß.

Wir teilten bereits vor einiger Zeit mit, daß sich der Gesamtüberschuß der Berliner städtischen Verwaltung für das Rechnungsjahr 1907/08 auf $10\frac{1}{2}$ Millionen Mark beläuft. Wie jetzt gemeldet wird, stellt sich nach dem Hauptjahresabschluß der Stadthauptkasse diese Ziffer genau auf 10,539,551 Mark bei einer Gesamteinnahme von 187,413,305 Mark des engeren Stadthaushaltsetats. Dieser sogenannte engere Stadthaushalt ergab einen Gesamtüberschuß von rund 8 Millionen Mark. Hierzu kam dann der Ueberschuß der städtischen Werke mit rund $2\frac{1}{2}$ Millionen Mark mehr.

Magistratsoffiziös wird im Anschluß hieran verschert, daß die Aussichten für den laufenden und den kommenden Etat leider nicht so günstig sind wie bei dem Etat für 1907/08.

Konkursverfahren gegen die Märkische Bank. Ueber die in Pankow domizilierende Märkische Bank, G. m. b. H., ist die Eröffnung des Konkursverfahrens beantragt worden. Die finanziellen Verhältnisse dieses Geldinstituts haben schon seit einiger Zeit Anlaß zu Bedenken gegeben.

Ein aufregender Vorgang, bei dem zwei Kinder in Lebensgefahr gewesen, spielte sich gestern nachmittag an der Ecke der Wernaer- und Auppinerstraße ab. Die neun Jahre alte Tochter Hertha des Arbeiters Zempel aus der Wernauerstraße 38 holte Butter ein und nahm ihre fünfjährige Cousine, die Tochter Else des Schlächtermeisters Fenste aus Radegast mit. An der Ecke der Auppinerstraße wollten die Kinder vor einem Straßenbahnwagen der städtischen Linie Oberstraße-Virchow-Krankenhaus vorüber den Damm überschreiten und sahen nicht, daß ein anderer Wagen dieser Linie aus der entgegengesetzten Richtung von der Wuhnenstraße her kam. Der Führer dieses Wagens wendete die Notremse an, und verhütete das Schlimmste. Beide Kinder wurden zwar noch getroffen, kamen aber mit nicht gefährlichen Verletzungen davon. Hertha Zempel wurde umgestoßen, fiel auf die Seite und erlitt Abschürfungen am rechten Arm, an der Hüfte und am Bein. Else Fenste geriet unter die vordere Plattform und schien verloren zu sein. Aber der Wagen war noch gerade zur rechten Zeit zum Stehen gekommen. Die Angestellten der Straßenbahn Fahrgäste halfen die Verunglückte befreien. Das Mädchen hatte sich eine große Stirnwunde und Abschürfungen am linken Arm und Bein zugezogen. Die Kinder wurden im Lazarus-Krankenhause verbunden, konnten dann aber nach Hause gebracht werden.

Apollo-Theater. Der Unfall und die Bergung des Parseval-Ballons wird bereits heute abend im Apollo-Theater auf dem Wege der optischen Berichterstattung durch den Kosmographen vorgeführt.

Vom Spiel in den Tod. Am Schleswiger Ufer spielten gestern fünf Knaben aus der Waldstraße. Von der Ladetreppe aus betraten sie das Laufbrett eines Kahnes und versuchten über dieses zu laufen. Das Brett war aber vom Regen schlüpfrig geworden. Einer der Knaben, der 12 Jahre alte Sohn Hermann des Arbeiters Jakoby aus der Waldstraße 12, glitt aus, fiel in die Spree und ging sofort unter. Auf das Hilfegeschrei seiner Gespielen kamen Schiffer und ein Schutzmann und machten Rettungsversuche. Als man den Knaben fand und landete, war er bereits tot. Wiederbelebungsversuche hatten keinen Erfolg.

Ein gefährlicher Einbrecher ist in der vergangenen Nacht dingfest gemacht worden. Drei Diebe hatten einen Einbruchsdiebstahl in dem Hause Reinickendorferstraße 92 geplant. Mit Revolvern und Einbrecherwerkzeugen versehen, machten sich die Burschen an die Arbeit. Sie versuchten, in die Geschäftsräume der in dem Haus belegenen Bekleidungskompagnie einzudringen. Dort war in der letzten Zeit wiederholt eingebrochen worden. Eine vorübergehende Frau hatte das Treiben der Diebe beobachtet; sie eilte sofort zum nächsten Polizeirevier und macht dort Mitteilung von ihren Beobachtungen. Als mehrere Schutzleute an dem Tatort anfangten, ergriffen die Einbrecher die Flucht. Zwei von ihnen entkamen. Der dritte wurde festgenommen und zum Revier gebracht. Es stellte sich heraus, daß man einen guten Fang gemacht hatte. Der Festgenommene war ein schon längst von den Behörden gesuchter Verbrecher namens Fleischfresser. Neben zahlreichen anderen Verbrechen wird ihm auch ein Einbruchsdiebstahl zur Last gelegt, den er in der Wohnung der Schwester verübt hat, und bei dem er wertvolle Schmucksachen erbeutete.

Aus den Vororten.

Brandstifter aus Rache. Wegen Brandstiftung ist gestern der Schmied Adolf Noak aus der Hauptstraße 83 in Rummelsburg verhaftet worden. Noak wird beschuldigt, in vier Fällen Brände angelegt zu haben. Er hat die ihm zur Last gelegten Verbrechen bereits eingestanden. Er wollte sich an seinem Hauswirt, dem Eigentümer Carlin, dem die Grundstücke Hauptstraße 82, 83 und 84 gehören, rächen. Noak war für einige Zeit die Miete schuldig geblieben, und der Hauswirt hatte schließlich die Räumungsklage angestrengt. Hierüber war Noak derartig erbost, daß er den Entschluß faßte, sich zu rächen. Vor einigen Tagen legte er auf dem Boden des Hauses Hauptstraße 83 Feuer an; nur dem Umstand, daß es bald bemerkt wurde, war es zu verdanken, daß es keinen größeren Umfang annahm. Gestern brach auf demselben Boden wieder Feuer aus; ebenso wie beim ersten Falle stellte die Feuerwehr fest, daß es sich hier um eine Brandstiftung handelte. Während die Feuerwehr noch mit dem Löschen des Brandes beschäftigt war, drangen aus dem Dachgeschoß des Nebengrundstückes Flammen heraus. Jetzt war es das Haus Nr. 82, das in Brand gesetzt worden war. Obwohl die Feuerwehr sofort die Löscharbeiten in Angriff nehmen konnte, wurde der Dachstuhl fast vollständig zerstört. Ein dieser Brand, der gleichfalls angelegt worden war, konnte bald gelöscht werden. Der Verdacht lenkte sich bald auf Noak, der auch bald ein Geständnis ablegte. Der Verhaftete wurde in das Moabiter Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Kleine Chronik.

Bei dem Grubenunglück auf Zeche Laura sind einer Meldung aus Aachen zufolge nach neuerer Feststellung acht Arbeiter getötet und vierzehn verletzt worden, unter diesen die meisten schwer.

Ein Skandal in der Münchener Pagerie. Unter den Gymnasiasten der „Pagerie" in München sind einer Meldung aus München zufolge schwere sittliche Verfehlungen festgestellt worden. Infolgedessen haben sich mehrere Eltern veranlaßt gesehen, ihre Söhne aus der Anstalt zu nehmen. Die Pagerie ist eine Erziehungsanstalt für Söhne adliger Eltern.

Ermordung einer Deutschen in Antwerpen. Einem schauerigen Verbrechen ist man, wie aus Brüssel gemeldet wird, in Antwerpen auf die Spur gekommen. In der Schelde wurde am Dienstag Abend ein Sack mit der stark verwesten Leiche einer völlig unbekleideten Frau gefunden. Die Ermordete ist, wie gestern festgestellt wurde, eine Deutsche namens Schmidt aus Saarburg. Unter dem dringenden Verdacht der Täterschaft ist ein Sohn der Ermordeten aus erster Ehe verhaftet worden. Er soll die Tat vor etwa zehn Tagen begangen haben, um seine Mutter zu berauben.

INDUSTRIE · HANDEL · BÖRSE

X Von der Börse. Die Auflösung der Interessengemeinschaft Dresden-Schaaffhausen und die schwache Haltung der New-Yorker Börse waren Momente, die bei Eröffnung des hiesigen Verkehrs die Allgemeintendenz ungünstig hätten beeinflussen müssen. Nichtsdestoweniger zeigte sich der Markt ziemlich widerstandsfähig. Die Aktien der beiden von der Auflösung der Interessengemeinschaft unmittelbar betroffenen Bankinstitute wiesen gegen die niedrigsten Kurse des gestrigen Verkehrs nennenswerte Avancen auf, aber auch die Aktien der Deutschen Bank lagen recht fest. Schwache Haltung bekundeten andererseits die Kurse von New-York direkt abhängigen amerikanischen Eisenbahnaktien. Im Verlaufe der Börse zogen die Kurse im allgemeinen zunächst leicht an.

Kurse gegen 3 Uhr.

Kreditaktien	203,25	Kanada	170,30	Nordd. Lloyd	91,75
Wien. Bankverein	—,—	Pennsylvania	—,—	Hub. Paketfahrt	109,75
Länderbank	—,—	Orientbahn	114,50	Hansa	—,—
Franzosen	148,62	Anatolier	113,50	Gr. Berl. Strassb.	171,25
Lombarden	22,80	Mittelmeerbahn	—,—	**Im freien Verkehr**	
Diskonto	178,12	Meridionalbahn	132,75	**per Cassa.**	
Deutsche Bank	238,87	Gotthardbahn	—,—	Laurahütte	210,75
B. Handelsges.	168,62	3% d. Reichs-Anl.	83,40	Dortmunder	59,50
Dresdner Bank	147,00	Russ. Anleihe 1902	83,30	Bochumer	225,25
Darmstädt. Bank	137,62	Spanier	—,—	Gelsenkirchen	198,25
Nationalbank	112,37	3% Portugiesen	62,70	Harpener	207,50
Schaafh. Bankv.	137,10	4½% Chinesen	—,—	Consolidation	—,—
Komm.-u. Disk.-B.	108,75	Japaner	91,40	Deutsch-Lux. Vrz.	159,30
Russische Bank	—,—	Unif. Türken	—,—	Rhein-Stahlwerke	172,00
Lübecker	123,10	Türkenlose	146,20	Hohenlohe-Werk	—,—
Prince Henri	—,—	Buenos	—,—	Phönix	184,75
Warschau-Wien	—,—	5% Argentinier	—,—	Edison	224,80
Baltimore	98,30	Dynamit-Trust	159,25	Rombach	165,90

Siemens u. Halske 192,75, Deutsch-Uebersee 149,75.

Berliner Produktenbörse. Die amerikanischen Börsen hatten gestern mit einer starken Preissteigerung geschlossen. Dieses gab der Unternehmungslust Anlass, zu Beginn des heutigen Verkehrs Käufe vorzunehmen, die eine Steigerung der Preise von Roggen und Weizen bewirkten. Unterstützt wurde die Kauflust hier und in der Provinz durch die erhöhten Forderungen für russisches und amerikanisches Weizen, durch die kleineren Zufuhren von inländischer Ware sowie die grössere Nachfrage nach deutschem Getreide zu Exportzwecken. So sind unter anderem Roggen mehrere Abschlüsse nach Dänemark zustande gekommen, während mit Westeuropa ständig Unterhandlungen schweben. Für Weizen zeigt sich Hamburg als Käufer.

Am Frühmarkt wurden notiert: Weizen, inländ. 202—206, Okt. 110—209,75, Dez. 210—209,75, Mai 212,75. Roggen, inländ. 172—174,50 ab Bahn u. frei Mühle. Hafer, märk., mecklenb. pomm., preuss. pos. und schles. fein 175—183, mittel 168—174, gering 164 bis 167 ab Bahn und frei Wagen. Mais amerik. mixed 165,90 bis 172,00. Bulgaren-Mais 173—176 frei Wagen. Gerste, inländ. Futtergerste, mittel und gering 164—172, gute 173—182, russ. und Donau leichte 144—147, schwere 148—156 ab Bahn und frei Wagen. Erbsen inländische und ausländische Futterware, mittel 180—192. Taubenerbsen 196—212 ab Bahn und frei Wagen. Bohnen, weisse 230—239. Linsen 210—440. Weizenmehl 00 25,80—29,60. Roggenmehl u. 1 22,10—24,30. Weizenkleie 10,75—11,75. Roggenkleie 11,50—12,50 Mark.

An der Mittagsbörse wurden notiert: Weizen inländischer 202—206 ab Bahn, September 210,25—210,75—210,50, Oktober 209,50 bis 210—209,75, Dezember 209,50—210,50—209,75, Mai 213,25—212,50—214 bis 213,50. Roggen inländischer 173—175 ab Bahn, Sept. 178,25, Oktober 178,75—179,25, Dezember 183—182,75, Mai 186,50—187,25. Hafer Dezember 167,50—167,75. Mais Dezember 159,50—159. Weizenmehl 00 26—29,75. Roggenmehl 0 und 1 22,00—24,20. Rüböl Dezember 63,4—63,2, Mai 59,6—59,5 Mark.

Preise um 2½ Uhr. (Nichtamtlich.) Weizen Septbr. 210,50, Oktober 209,25, Dezember 209,50, Mai 213,00. Roggen September 178, Oktober 179,00, Dezember 182,75, Mai 187,00. Hafer Septbr. 164,50, Oktober 165,50, Dezember 165,76, Mai 170,50. Mais September 162,50, Oktober 162,50, Dezember 159,50. Mehl Oktober 22,55, Dezember 22,75. Rüböl Okt. 63,5, Dez. 63,1, Mai 59,5 M. Trockene Kartoffelstärke und Kartoffelmehl 20,50—21,00, feuchte Stärke —,— M.

Marktpreise von Berlin am 16. Sept. 1908, nach Ermittelungen des königlichen Polizeipräsidiums. Richtstroh 4,32 M., Heu, 4,49 bis 6,00 M., Heu 0,00 bis 0,00 M., Erbsen, gelbe, zum Kochen 30 bis 50 M., Speisebohnen, weisse 30 bis 50 M., Linsen 30 bis 80 M., Kartoffeln neue 5,00—9,00 M., Rindfleisch von der Keule (1 Ko.) 1,40 bis 2,00 M. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,10 bis 1,60 M., Schweinefleisch 1,20 bis 1,90 M. Kalbfleisch 1,20 bis 2,20 M., Hammelfleisch 1,20 bis 2,10 M., Butter 2,40 bis 2,80 M., Eier 60 Stück 3,00 bis 5,23 M., Karpfen 1,20 bis 2,40 M. Aale 1,60 bis 2,80 M., Zander 1,40 bis 3,60 M., Hechte 1,20 bis 2,60 M., Barsche 1,00 bis 2,00 M., Schleie 1,40 bis 3,80 M., Bleie 0,80 bis 1,60 M., Krebse 60 Stück 3,00 bis 24,00 M.

Magdeburg. 17. Sept. Zuckerbericht. Kornzucker 88 Grad ohne Sack 9,30-9,37½. Nachprodukte 75 Grad ohne Sack 7,55—7,65. Stimmung: Ruhig. Brodraffinade I. ohne Fass 19,75—20. Krystallzucker I mit Sack —,—. Gem. Raffinade mit Sack 19,50—19,75. Gem. Melis I. m. S. 19,00—19,25. Stimmung: Ruhig. Rohzucker I Prod. Trans. frei an Bord Hamburg per September 19,40 Gd., 19,60 Br., per per Oktober 19,50 Gd., 19,40 Br., per Okt.-Dez. 19,30 Gd., 19,40 Br., per November-Dezember 19,25 Gd., 19,35 Br., per Januar-März 19,60 Gd., 19,65 Br. Tendenz: Stetig.

Bremen. 17. September. Baumwolle ruhig 50,50.

Metalle. London, 16. September. Standardkupfer stetig 60⅝ Lstrl., per 3 Monat 61⅛ Lstrl. Kupfer. Best selected 63¾ Lstrl., do. Electrolytic 63¼ Lstrl. — Zinn fest, Straits 135¾ Lstrl. per 3 Monat 132 Lstrl. — Blei stetig, spanisch 13½ Lstrl., do. englisch 13⅝ Lstrl. — Zink fest, gewöhnliche Marke 19⅝ Lstrl., do. spezielle Marke 20½ Lstrl.

Reichsbank. Der per 15. Sept. abgeschlossene Status zeigt im Vergleich mit dem Vorjahre folgendes Bild (in 1000 M.):

1907	gegen die Vorwoche	Aktiva	1908	gegen die Vorwoche
861.956	+ 4.543	Metall-Bestand	1.126.048	+ 14.161
91.966	+ 245	Reichs-Kassen-Scheine	65.125	+ 1.019
20.826	+ 5.240	Noten anderer Banken	21.932	+ 8.374
1.082.298	+ 21.386	Wechselbestand	917.749	+ 15.386
71.150	+ 1.350	Lombard-Darlehen	71.903	+ 314
59.312	— 11.977	Effekten-Bestand	177.376	+ 31.276
112.196	+ 1.093	Sonstige Aktiva	177.824	+ 5.230
		Passiva		
180.000	(unver.)	Grund-Kapital	180.000	(unver.)
64.814	(unver.)	Reserve-Fonds	64.814	(unver.)
1.406.296	— 13.110	Noten-Umlauf	1.450.064	— 26.911
505.024	+ 57.465	Depositen	811.452	+101.541
53.540	+ 1.479	Sonstige Passiva	50.007	+ 980

Nach dem vorstehenden Ausweise hat sich die steuerfreie Notenreserve in der Ausweiswoche von 188 Mill. M. auf 238,8 Mill. M. erhöht, das heisst, es ist eine Besserung von rund 50 Mill. M. eingetreten, während im vergangenen Jahre eine Besserung von nur 23 Mill. M. zu verzeichnen war mit dem Ergebnis, dass sich die steuerfreie Notenreserve von 18 auf 41 Mill. M. erhöhte. Im Jahre 1906 war in der entsprechenden Periode eine Verschlechterung von 8 Mill. M. zu verzeichnen. Die steuerfreie Notenreserve verminderte sich damals auf 24 Mill. M. Es zeigt sich also, dass die Handelswelt, da sie diesmal dem Herbsttermin weit besser gerüstet entgegengeht als in den beiden Vorjahren, mit den Vorbereitungen für den Herbsttermin auch später beginnt. Als besonders charakteristisch hierfür ist zu erwähnen, dass diesmal 15 Millionen Mark Wechsel eingereicht wurden, im Jahre 1907: 21 Mill. M., im Jahre 1906 aber 155 Mill. M. Eine Vermehrung der Effektenbestand erfahren. Diese Position hat sich seit dem 23. v. M. von 82 auf 172 Mill. M. erhöht. Anscheinend im Zusammenhange mit der Ueberträgung des Gegenwertes der eingereichten Schatzscheine seitens des Reichs auf Girokonto, haben sich die Depositen namhaft erhöht. Der Gesamtstatus des Instituts stellt sich diesmal um 197 Mill. M. günstiger als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Konkurse.

Berlin: Bäckermeister Gustav Böhnke, Thornerstr. 4. Verwalter: Kroll, Schäferstr. 2. Anmeldefrist bis zum 20. Oktober 1908.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 17. September. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes **v. Schön** ist hier eingetroffen.

Berlin, 17. September. Der Staatssekretär des Reichsmarineamtes Admiral **v. Tirpitz** ist nach Berlin zurückgekehrt und hat die Dienstgeschäfte wieder übernommen.

München, 17. September. Der **Ministerpräsident v. Podewils** ist heute vormittag zur Teilnahme an den Sitzungen des Bundesrats nach Berlin abgereist, wohin sich Finanzminister **v. Pfaff** bereits gestern begeben hat.

Petersburg, 17. September. Im Stadtbezirk Petersburg sind gestern **249 Cholerarerkrankungen** und 70 Todesfälle an Cholera vorgekommen.

Witterungsbeobachtungen in Berlin. 17. Sept. 1908.

September	Luftdruck in 60 m Seehöhe (mm)	Temp. Cels.	Windrichtung und Stärke 0—12	Bewölkg. 0—10	Luftfeuchtigkeit in %
16. 9 Uhr abends	759,5	12,3	ZO 2	0	88
17. 7 Uhr vorm.	760,6	10,8	ZO 3	10	90
17. 2 Uhr nachm.	760,9	13,7	SZO 2	10	60

16. September. Höchste Temperatur 17,5° C. Niedrigste Temperatur 9,7° C. Tagesmittel 12,6° C. Normales Tagesmittel 14,2° C.

Niederschläge: 16. September vormittags und nachmittags 0,5 Millimeter Regen.

Wetter in Deutschland. Nach weit verbreiteten Regenfällen, die an vielen Orten mit Gewittern verbunden waren, klärte sich der Himmel gestern nachmittag im Westen größtenteils auf. Während der Nacht ist jedoch unter dem Einflusse einer aus dem atlantischen Ozean gelangenden, sehr tiefen Barometerdepression dort fast überall wieder trübes, etwas regnerisches Wetter eingetreten, das im Nordosten noch fortdauert. Die Temperaturen sind im östlichen Binnenlande ein wenig höher, in West- und Süddeutschland niedriger als vor 24 Stunden, überschreiten aber überall früh allgemein 10 Grad C.

Morgen voraussichtliches Wetter in Berlin und Umgegend. Etwas wärmer, veränderlich, vorherrschend wolkig mit Regenfällen und lebhaften südwestlichen Winden.

Allgemeine Wetteraussichten für Deutschland. In West- und Mitteldeutschland windig und zum Teil ergiebige, im Osten geringe Regenfälle.

Stationen	Luftdruck auf Meeresspiegel mm	Windrichtung und Stärke	Wetter	Temperatur C.	Stationen	Luftdruck auf Meeresspiegel mm	Windrichtung und Stärke	Wetter	Temperatur C.
Borkum	764	S 3	schwach	Regen	19	Valentia	756	S frisch	Dunst	16
Keitum	763	S 3	schwach	wolkig	15	Scilly	755	S 3	mäßig	bedeckt	15
Hamburg	766	W 3	mäß.	wolkig	11	Aberdeen	754	S 3	schwach	wolkig	16
Swinemünde	764	W schwach	wolkig	11	Island	741	N Windstille	Regen	7
Rügenwalde	762	W 3	frisch	bedeckt	12	Torver	741	S 3	fast	Regen	1
Neufahrwasser	761	O frisch	h. bed.	11	Christiansd.	760	O	sehr leicht	wolkig	8
Memel	758	W 3	fast	Regen	12	Kopenhagen	763	S leicht	h. bed.	11
Aachen	767	S 3	schwach	wolkig	13	Stockholm	761	NO mäßig	bedeckt	9
Hannover	767	S 3	schwach	bedeckt	12	Haparanda	764	N leicht	heiter	2
Berlin	766	W schwach	bedeckt	12	Petersburg	761	NW 1	leicht	bedeckt	6
Breslau	766	W leicht	bedeckt	12	Wilna	760	S	sehr leicht	bedeckt	17
Breslau	766	S leicht	bedeckt	12	Lemberg	764	W leicht	bedeckt	12
Bromberg	764	W mäßig	bedeckt	11	Wien	768	W NW	lebh.	bedeckt	13
Metz	765	S 3	leicht	wolkig	11	Triest	767	Windstille	bedeckt	18
Frankfurt	769	S 3	schwach	Regen	11	Mailingen	767	S 3	schwach	wolkig	13
Karlsruhe	769	S 3	Windstille	bedeckt	12	Cherbourg	767	S	sehr leicht	h. bed.	13
München	770	S 3	leicht	bedeckt	11	Paris	765	S	leicht	wolkig	11
Berlin	770	S	sehr leicht	Dunst	10	Riga	767	W	Windstille	wolkig	16
Säntis	567	S 3	fast	wolkig	-1	Mem	765	N	sehr leicht	bedeckt	16
Genf	770	S	sehr leicht	wolkig	8	Brindisi	765	N 3	mäßig	heiter	19

Sonnenaufgang 5 Uhr 40 Min. **Mondaufgang** 10 Uhr 46 Min. M.
Sonnenuntergang 6 Uhr 07 Min. **Monduntergang** 3 Uhr 05 Min. N.

Verantwortlich für den politischen Teil und das Feuilleton: Georg Siegfried in Steglitz, für lokales, Gerichtszeitung, Kleine Chronik und den übrigen redaktionellen Teil des Blattes: Dr. Johannes Stanjek in Berlin.

Die Rubrik in Durchschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeuten:
31.Jan.|31.Apr.|31.Juli.|31.Okt. — 1.Jan.|1.Apr.|1.Juli.|1.Okt. — 1.4.10.|15.3.|15.6.|15.9. — k.15.6.12.|k.quartalsl.1.4.7.10r — 1.4.|1.7.|1.10. — 1.Aug.|1.Nov. — 1.2.8.|1.5.11.|15.4.10.|15.10.|1.11.6.12|½ — 1.2.5.8.11.
31.Mär.|31.Mai|31.Sept.|31.Dez. — 1.3.9.|1.6.12.|15.1.11.|15.5.11.|veranst. k. — 1.3.5.8.11.

Berliner Börse, 17. Sept. 1908

Umrechnungssätze: 1 Fr. = 1 Lire, 1 Lei, 1 Peseta = 80 Pf. — 1 Dut. 1 Gold = 8 M. 1 Währ. = 1,70, 1 Kr. = 0,88, — 1 Fl. 1 Gulden = 1,70, 1 Rubel = 3,20, — 1 Peso = 4 M. — 1 Doll. = 4,20, — 1 Krone = 20,40 M.
Berlin. Bankdiskont 4%, Lombardzinsfuß 5%, Privatdiskont 3⅞%.
Reichsbank 1909

| | | |